

LEITARTIKEL

# Nicht die Zeit für Empfindlichkeiten

Deutschland steht zur Ukraine – Der Konflikt um die Steinmeier-Reise sollte ausgeräumt werden

Die Klarheit des Bundeskanzlers, warum er derzeit im Gegensatz zu anderen Politikern im In- und Ausland nicht nach Kiew fährt, ist überraschend. Die Ausladung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der gemeinsam mit osteuropäischen Amtskollegen vor Ort Solidarität mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zeigen wollte und dann von Kiew nicht erwünscht war, steht Olaf Scholz zufolge „der Sache im Weg“. Kiew wird ihn erst einmal nicht zu Gesicht bekommen.

Der Ärger über den diplomatischen Affront sitzt bei ihm tiefer, als man das bisher wahrnehmen konnte. Die ukrainische Regierung hat Steinmeier als SPD-Politiker behandelt, dessen politische Vergangenheit von einer unkritischen Nähe zu Russland geprägt ist. Steinmeier ist aber keine Einzelperson, er ist das

die Vernichtung seines Landes fürchten, viele Menschen sind bereits getötet, zum Teil abgeschlachtet worden. Selenskyj muss nicht nur um das Leben seiner Bevölkerung fürchten, sondern auch um sein eigenes. Dennoch bietet er dem Kriegsverbrecher Putin die Stirn und wird zum Vorbild. Er kann nicht an allen Fronten kämpfen, die diplomatische jedenfalls hat er vernachlässigt. Scholz sollte nicht allzu hart urteilen.

Und der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk sollte nun das betreiben, wofür sein Amt in erster Linie gedacht ist: Diplomatie. Jene, an der es Selenskyj angesichts der dramatischen Umstände gemangelt haben mag. Aber was macht Melnyk? Er nennt den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland eine „beleidigte Leberwurst“. Wem hilft das? Niemandem.

Manche ukrainische Geflüchtete in Deutschland haben nach der Ausladung Steinmeiers ein ungutes Gefühl geäußert. Sie fragten ihre Gastgeber, ob diese nun verärgert über sie seien und ihre Hilfe womöglich überdenken würden. Es sei ihnen unangenehm, dass Deutschland so viel für sie tue und ihr Regierungschef den deutschen Präsidenten auslade.

Nein, es ändert sich nichts an der deutschen Hilfsbereitschaft. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist so grausam, dass Deutschland weiter mit seinen Mitteln helfen wird. Mit Geld und Waffen und Solidarität. Aber der Konflikt um die Steinmeier-Ausladung sollte jetzt ausgeräumt und nicht weiter verschärft werden. Der Krieg steht über allem. Deutsch-ukrainische Kraft darf nicht durch unnötige diplomatische Verwerfungen vergeudet werden.

## „Selenskyj muss auch um sein Leben fürchten

deutsche Staatsoberhaupt. Er vertritt die Bundesrepublik.

Und diese Bundesrepublik steht ohne Zweifel an der Seite der von Russland überfallenen Ukraine. Deutschland hat sein Tabu der Waffenlieferungen in Konfliktgebiete gebrochen, nimmt schwere wirtschaftliche Einbußen in Kauf, Hunderttausende Geflüchtete werden willkommen geheißen.

Vielleicht wäre der diplomatische Konflikt schon gelöst worden, wenn Scholz mehr Nachsicht mit Selenskyj gehabt hätte. Der Mann ist im Krieg, er muss

KRISTINA DUNZ  
ksta-politik@  
kstamedien.de

KOMMENTAR

# Beton für Woelkis Bischofsstuhl

Freispruch durch Rom hat mit Politik zu tun

Der Wonnemonat Mai beginnt gut für Kardinal Rainer Woelki. Der Vatikan hält die millionenschweren Ausgaben aus einem kirchlichen Sondervermögen für rechters.

Juristisch ist dieser Bescheid so windig, dass es für die Bewertung schwerfällt, sich zwischen Ärgernis und Farce zu entscheiden. Für Woelki aber wird die Luftnummer aus Rom zum Betonklotz für seinen wackelnden Stuhl als Erzbischof. Noch immer liegt Woelkis Rücktrittsangebot beim Papst. Hätte man diesen über Rechtsbrüche im Umgang mit Kirchenbesitz informieren müssen, wäre das gewiss zu Woelkis Ungunsten ausgefallen. Beim Geld versteht Franziskus wenig Spaß. In Limburg etwa setzte er dem Treiben des früheren Bischofs Franz-Pe-

ter Tebartz-van Elst 2014 ein abruptes Ende. Damals wurde übereigens mit der Verletzung von Regeln argumentiert, die jetzt in Köln auf einmal ohne Belang sein sollen.

Der Papst muss seine Entscheidung im Fall Woelki nun umso mehr auf „weiche Faktoren“ gründen: das gestörte Vertrauen zwischen Gläubigen und Bischof, das kommunikative Desaster, die Führungskrise im Erzbistum, vielleicht auch auf das – wie es heißt – angeschlagene persönliche Verhältnis zwischen ihm und dem Kardinal. Doch dann ist da noch die Kirchenpolitik: Den restaurativen Kräften in Rom und anderswo gilt Woelki als Kämpfer des wahren Katholizismus gegen die Pestilenz der Reform. In ihrem Kalkül darf Woelki nicht fallen. Der Freispruch in Sachen Finanzen kommt da wie gerufen.

JOACHIM FRANK  
joachim.frank@  
kstamedien.de

INTERVIEW

## „Das Thema Krieg wird gemieden“

Mit den drei großen Krisen der Gegenwart gehen die Menschen sehr unterschiedlich um – Dahinter liegen ganz bestimmte Logiken

Herr Grünewald, gemäß einer alten Fußballer-Weisheit konnte man zum gesellschaftlichen Umgang mit Krisen fast immer sagen: Nach der Krise ist vor der Krise. Doch zurzeit gibt es kein Nacheinander: Klimawandel, Corona und jetzt auch noch der Krieg – alles geschieht zeitgleich. Wie kann man das eigentlich noch bewältigen? Im Alltag der Menschen fällt auf, dass viele Gespräche und Diskussionen den Krieg eher meiden. Stattdessen ist und bleibt oft die Corona-Krise das Thema der Wahl.



STEPHAN GRÜNEWALD ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er spricht aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

Klimawandel-Skeptiker stehen einander aber auch recht unversöhnlich gegenüber. Aber längst nicht so massiv wie in der Corona-Krise. In der Klima-Krise dringen die einen auf schnelleres Handeln. Die anderen gehen davon aus, dass doch noch ein bisschen Zeit ist. Sie setzen deshalb in der Linearitäts-Logik der Klima-krise auf technischen Fortschritt, mit dem man dem Klimawandel noch rechtzeitig begegnen könne. Die exponentielle Logik der Corona-Krise hingegen führte zu einer ungleich größeren Polarisierung.

Man könnte sagen: Auch die Erregungskurve verhält sich hier exponentiell.

Warum ist das nicht der Fall beim Krieg mit seiner – wie Sie sagen – „Eskalationslogik“? Die Menschen spüren eine tiefe Ohnmacht und eine Ambivalenz zwischen Friedenssehnsucht und dem Willen, Putins Aggression militärisch zu begegnen. Das führt dann dazu, dass sie irgendetwas tun wollen. Das können Spenden sein, Hilfen für Ukraine-Flüchtlinge, aber auch der Ruf nach Waffenlieferungen an die Ukraine. Dabei geraten aber viele in eine doppelte Schuldfrage: Sie fühlen sich erstens schuldig, weil sie die Möglichkeit eines Kriegs in Europa zu lange ausgeblendet, verharmlost oder für nicht existent erklärt haben. Aus dieser Haltung heraus wurde die Wehrpflicht ausgesetzt. Der Ruf nach höheren Rüstungsausgaben galt als spinnerter Gedanke, auf den allenfalls Typen wie Donald Trump kommen konnten.

Und das zweite Schuldgefühl? Gilt der Erkenntnis, dass das momentan vielleicht stärkste Druckmittel gegen Putin – der komplette Boykott russischer Energielieferungen – den eigenen Lebenskomfort mutmaßlich sehr stark beeinträchtigen würde und Einbußen in vielerlei Hinsicht zur Folge hätte. Die Lieferung schwerer Waffen hat da fast die kompensatorische Qualität eines Ablasshandels, sie befeuert aber umgekehrt wieder die Sorge vor der Eskalationslogik des Kriegs.

Eine komplizierten Gemengelage ... Politisch wie psychologisch, ja. Das vorherrschende Gefühl ist eine große Ambivalenz. Die meisten spüren, dass es bei der Frage nach Waffenlieferungen oder einem Gasboykott kein eindeutiges Richtig oder Falsch gibt. Was man auch tut oder lässt, man macht sich unweigerlich schuldig. Ausdruck davon sind das zerknirschte Ringen von Vizkanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck um einen verantwortungsvollen Weg bei der Energieversorgung oder das Zaudern und Zögern von Kanzler Olaf Scholz. Diese schuldig-ratlose Ambivalenz erklärt auch, wieso wir derzeit keine fundamentale Polarisierung in der Debatte erleben und wieso die Menschen die Gedanken an den Krieg möglichst verbannen wollen.

Das Gespräch führte Joachim Frank

KOMMENTAR

## Abwägung dringend nötig

Der Zeitpunkt für ein Öl-Embargo ist nicht kriegsentscheidend

ANDREAS NIESMANN

Natürlich muss dem Lieferstopp für Kohle auch das Öl-Embargo gegen Russland folgen. Kaum jemand bestreitet das noch. Das Russland Wladimir Putins macht sich täglich neuer Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig. Geschäfte, die diesem Regime nutzen, verbieten sich.

Und trotzdem spricht vieles dafür, die Sache jetzt nicht zu überstürzen. Russland, daran besteht kein Zweifel, steht vor einer ökonomischen Katastrophe. Die Sanktionen des Westens haben die Wirtschaft ins Mark getroffen. Ein Minus von zehn Prozent erwarten Ökonomen beim Bruttoinlandsprodukt, die Inflation liegt bei 20 Prozent, die Zinsen bei 14. Die Russinnen und Russen werden jeden Tag ein Stück ärmer.

Den Krieg gegen die Ukraine aber haben die inzwischen fünf Sanktionspakete der EU nicht beendet, und man muss kein Prophet sein, um vorherzusehen, das auch das sechste die Waffen nicht zum Schweigen bringen wird. Alles, was Russland schwächt, ist bitter nötig. Gleichzeitig aber muss man bei jeder neuen Sanktion abwägen, wem sie mehr schadet – Russland oder dem Westen? Weitere Turbulenzen an den Energiemärkten jedenfalls helfen in dieser Lage vor allem Putin.

Bei der Suche nach Alternativen zu russischem Öl sind die Länder Europas schnell vorangekommen. Die Zahl der Fässer und Devisen, die zwischen Ost und West gehandelt werden, nimmt von Woche zu Woche ab. Der Weg in Richtung null muss weiter beschritten werden. Ob das Ziel heute oder in ein paar Wochen erreicht wird, ist aber nicht (kriegs-)entscheidend.



KÖLNER STADT-ANZEIGER MEDIEN  
Ein DuMont Unternehmen  
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont t, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont. Chefredakteur: Carsten Fiedler. Stellvertreter: Lutz Feierabend, Dr. Sarah Brasack. Head of Digital: Martin Dowideit. Geschäftsf. Redakteur: Christian Himmeler. Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik). Chefredakteur: Joachim Frank. Köln: Tim Attenberger; Landeskorrespondenten: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur), Frank Olbert (Bildung); Newsteam: Kendra Stenzel; NRW/Story: Claudia Lehnen, Maria Dohmen (Reportage); Wirtschaft: Thorsten Breitkopf; Sport: Christian Löber; Kultur: Anne Burgmer; Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meyszner; Chefredakteur: Peter Berger, Detlef Schmalenberg; Art Director: Nikolas Janitzki; Produktion: Klaus Schröder; Regiodesk: Michael Greuel, Christine Badke. Alle verantwortliche und wohnhaft in Köln. Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske. Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Dami Fray; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer. Nachrichtenagenturen: dpa, afp, sid, kna E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de Fax Redaktion: 0221 / 224 2524. Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05. Verlagsgeschäftsführer: Mirco Striewski, Karsten Hundhausen. Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung. Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 24a vom 01. Januar 2022 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet. Abonnenten-Service Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32 E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de Anzeigen-Service Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91 E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt. Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de